

Oslo 1987 Brundtland Report

Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ (1987)

Einen zentralen Anstoß für die Entwicklungen, die zur UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio führten, ebenso wie für die begleitenden Aktivitäten der Zivilgesellschaft und der NGO's gab der sog. Brundtland-Report.

1983 gründeten die Vereinten Nationen als unabhängige Sachverständigenkommission die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED = World Commission on Environment and Development) mit Sekretariat in Genf. Ihr Auftrag war die Erstellung eines Perspektivberichts zu langfristiger tragfähiger, umweltschonender Entwicklung im Weltmaßstab bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus.

Die Sachverständigenkommission setzte sich aus 19 Bevollmächtigten aus 18 Staaten weltweit (darunter auch Deutschland) zusammen. Zur Vorsitzenden wurde die frühere Umweltministerin und damalige Ministerpräsidentin von Norwegen, Gro Harlem Brundtland, gewählt. Ab 1988 wechselte der Vorsitz jährlich.

Die Kommission veröffentlichte vier Jahre später (1987) ihren auch als Brundtland-Report bekannt gewordenen Zukunftsbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ („Our Common Future“). Dieser beeinflusste die internationale Debatte über Entwicklungs- und Umweltpolitik maßgeblich. Er wurde im März 1987 in Oslo der Öffentlichkeit vorgestellt und auf zwei internationalen Konferenzen (1987 in London und 1988 in Mailand) eingehend diskutiert. Er wurde zu einem wichtigen Schritt zur Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992.

Die Kommission wurde am 31.12.1987 offiziell aufgelöst und im April 1988 als Centre for Our Common Future (damalige Anschrift: Centre For Our Common Future, 52, rue de Pâquis, CH - 1201 Genf, Schweiz. Tel. 0041 22 732 7117, Fax. 0041 22 738 5046) in Genf fortgeführt und im Rahmen der Rio-Konferenz 1992 reaktiviert.

Im Abschlussbericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ wurde erstmals das Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ entwickelt. Die Kommission versteht darunter eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Das von der Kommission vorgestellte Konzept einer nachhaltigen Entwicklung bildete zum ersten Mal die Grundlage einer integrativen globalen Politikstrategie. So wurden herkömmlich als getrennt betrachtete Problembereiche wie u.a.

Umweltverschmutzung in Industrieländern, globale Hochrüstung, Schuldenkrise, Bevölkerungsentwicklung und Wüstenausbreitung in der Dritten Welt in einem Wirkungsgeflecht gesehen, das durch einzelne Maßnahmen nicht würde gelöst werden können.

Nach Ansicht der Kommission muss einerseits die Armut in den Entwicklungsländern überwunden werden.

In den Industrieländern ist dagegen der materielle Wohlstand mit der Erhaltung der Natur als Lebensgrundlage in Einklang zu bringen.

Für die Zukunft muss davon ausgegangen werden, dass sich die gegenwärtigen Konsum- und Lebensweisen der westlichen Industrieländer nicht auf die gesamte derzeitige und zukünftige Weltbevölkerung übertragen lassen.

Weiter stellt die Kommission fest, dass die Weltwirtschaft zwar die Bedürfnisse und legitimen Wünsche der Menschen befriedigen müsse. Hier folgt sie auch herkömmlichen Wirtschaftstheorien.

Das Weltwirtschaftswachstum dürfe aber die ökologischen Grenzen der Erde nicht sprengen. Auch müssten die Menschen viele ihrer Tätigkeiten und Lebensweisen ändern, wenn die Welt nicht vor unannehmbare menschliche Leiden und Umweltschäden gestellt werden solle.

Die Kommission forderte „eine neue Ära einer umweltgerechten wirtschaftlichen Entwicklung“, und meinte „Die Menschheit ist einer nachhaltigen Entwicklung fähig - sie kann gewährleisten, dass die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen.“

Die deutsche Version des Brundtland-Berichts "Our Common Future", erstellt von der "Weltkommission für Umwelt und Entwicklung" der Vereinten Nationen, ist 1987 unter dem Titel "Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung", herausgegeben vom damaligen Forschungsminister Volker Hauff (Greven, 1987, Eggenkamp Verlag, 448 S., ISBN 3 - 923 166 168), erschienen.

Aus dem Teil I unter dem Titel „Gemeinsame Probleme“ wird im Folgenden das Kapitel über die Rolle der Weltwirtschaft dokumentiert. Die folgende Übersetzung aus dem Englischen weicht in einigen Punkten von der Buchausgabe ab.

Über die Jahrhunderte haben die Völker jenseits ihrer Grenzen lebensnotwendige, beliebte oder exotische Güter erworben. Die heutigen sichereren Verkehrsverbindungen und die weiteren Handels- und Kapitalbewegungen haben diesen Prozess entschieden erweitert und beschleunigt, dies hat zu weitreichenden ökologischen Auswirkungen geführt. Daher erfordert das Streben nach Nachhaltigkeit wichtige Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

I.

Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit der internationale Wirtschaftsaustausch vorteilhaft für alle Beteiligten wird. Die Zukunftsfähigkeit des Ökosystems, von dem die Weltwirtschaft abhängt, muss gewährleistet sein. Und für die Wirtschaftspartner muss die Basis des Austausches gerecht sein. Beziehungen, die unausgeglichen sind und auf der Herrschaft der einen oder anderen Seite basieren, sind keine gute und dauerhafte Basis gegenseitiger Abhängigkeit. Für viele Entwicklungsländer ist keine dieser Bedingungen erfüllt.

Die wirtschaftlichen und ökologischen Verbindungen zwischen den Staaten haben rasch zugenommen. Dies verstärkt noch die Unausgeglichenheit in der wirtschaftlichen Entwicklung und Stärke der Staaten. Die Asymmetrie in internationalen Wirtschaftsbeziehungen verschärft noch die Unausgewogenheit, da die Entwicklungsländer im allgemeinen durch internationale wirtschaftliche Bedingungen beeinflusst werden, aber diese selber nicht beeinflussen können.

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen werfen ein besonderes Problem für die armen Länder auf, die versuchen, ihre Umweltbedingungen im Gleichgewicht zu halten, da die Ausfuhr von Naturrohstoffen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist; vor

allem trifft dies die am wenigsten entwickelten Länder. Die meisten dieser Länder sind mit Instabilität und ungünstigen Preistrends konfrontiert; dadurch können sie ihre natürliche Ressourcenbasis nicht für dauerhafte Produktionen erhalten. Die Last der Schuldendienste steigt, und der neue Kapitalzufluss sinkt; dies begünstigt die Kräfte, die zu Umweltzerstörung und Ressourcenerschöpfung führen, all dies auf Kosten langfristiger Entwicklung.

Der Handel mit tropischem Holz z. B. ist ein Bereich, der unter der tropischen Entwaldung leidet. Der Bedarf an Fremdwährung führt in vielen Entwicklungsländern dazu, Holz schneller zu fällen, als die Wälder sich regenerieren können. Dieses Überroden erschöpft nicht nur die Ressource, die den Weltholzhandel stützt, sondern verursacht auch den Verlust des Lebensunterhalts, der auf Wald basiert, verstärkt die Bodenerosion und Überschwemmungen und beschleunigt den Verlust von Arten und genetischen Ressourcen. Internationale Handelsmethoden können auch der dauerhaften Entwicklung entgegenstehende Richtlinien und Praktiken fördern, die stetig das Acker- und Weideland in den Trockenzonen Asiens und Afrikas entwertet haben; ein Beispiel dafür gibt die zunehmende Baumwollproduktion für den Export in der Sahel-Zone.

In vielen Entwicklungsländern erfordert Wachstum auch Auslandskapitalzuflüsse in Form von Entwicklungshilfe. Ohne angemessene Kapitalzuflüsse ist die Aussicht jeglicher Verbesserungen des Lebensstandards trübe. Denn die Armen werden gezwungen sein, ihre Umwelt übermäßig zu nutzen, um ihr eigenes Überleben sicherzustellen. Langfristige Entwicklung wird somit viel schwieriger und in einigen Fällen unmöglich. Dennoch gibt die Entwicklung in der Kapitalbewegung zu Sorge Anlass. Der Netto-Kapital-Zufluss in Entwicklungsländer ist in absoluten Zahlen gefallen; alles in allem findet jetzt ein Netto-Kapitalabfluss statt. Die Zunahme des internationalen Kapitalflusses in die Entwicklungsländer, die für die verbleibenden 80er Jahre zu erwarten ist, beträgt nur die Hälfte dessen, was für ein Wachstum als notwendig erachtet wird, bei dem die Armut gemindert werden könnte.

Anwachsener Kapitalzufluss in die Entwicklungsländer allein wird nicht notwendigerweise zur Entwicklung beitragen. Bemühungen der Länder selbst sind außerordentlich wichtig. Außerdem sind Finanzhilfen aus dem Ausland erforderlich, aber dies muss mit Rücksicht auf Umwelteinflüsse geschehen. Der entscheidende Punkt ist, dass die Verminderung von Armut selbst eine Vorbedingung für eine hinsichtlich der Umwelt gesunde Entwicklung ist. Und Ressourcen-Zuflüsse von reichen in arme Länder - und zwar qualitativ und quantitativ verbessert - sind eine Voraussetzung für die Beseitigung von Armut.

II.

Der Druck der Armut und steigende Bevölkerungszahlen machten es für die Entwicklungsländer sogar unter den günstigsten Entwicklungsbedingungen enorm schwierig, umweltverträgliche Richtlinien zu verfolgen. Aber wenn internationale Wirtschaftsbedingungen ungünstig sind, können die Probleme nicht mehr gelöst werden. Während der 80er Jahre sanken die wirtschaftlichen Wachstumsraten stark oder wurden in einem Großteil der Dritten Welt, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, sogar negativ. Während der fünf Jahre zwischen 1981 und 1985 übertraf das Bevölkerungswachstum in den meisten Entwicklungsländern das wirtschaftliche Wachstum.

Verfallende Terms of Trade, steigende Schuldendienst-Verpflichtungen, stagnierende Finanzhilfen und wachsender Protektionismus verursachten in den entwickelten Marktwirtschaften ernste Probleme in den internationalen Zahlungsströmen. Die zunehmenden Kosten für Auslandsanleihen bei gleichzeitigem Rückgang der Exporte trugen weiter dazu bei, viele Entwicklungsländer in Schuldenkrisen zu stürzen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) verlangte eine staatliche Sparpolitik als Voraussetzung dafür, Kredite auszudehnen, um einen kurzfristigen Zahlungsbedarf zu decken; dieser wurde besonders drückend nach der Schuldenkrise. Das Wachstum wurde eingeschränkt, und viele soziale Ziele blieben unberücksichtigt, einschließlich derer, die im Zusammenhang mit Beschäftigung, Gesundheit, Erziehung, Umwelt und menschlichen Siedlungen stehen.

Dies war eine einschneidende Veränderung von den 60er zu den 70er Jahren. Damals war es das schnelle wirtschaftliche Wachstum, das als ökologische Bedrohung gesehen wurde. Heute sind dies die Rezession, die von außen verordnete Sparsamkeit und der sinkende Lebensstandard. Der Niedergang der 80er Jahre hat den Druck auf die Umwelt in verschiedener Hinsicht verschärft:

- Sparmaßnahmen und allgemeine Rezessionsbedingungen haben ein starkes Abfallen im Pro-Kopf-Einkommen und steigende Arbeitslosigkeit mit sich gebracht. Dies zwingt viele Menschen in der Landwirtschaft zurück an die Existenzgrenze, wo sie von den natürlichen Ressourcen zehren und sie somit verstärkt abbauen.
- Sparprogramme schließen notwendigerweise Kürzungen seitens der Regierung sowohl bei Personal ein als auch bei Aufwendungen für nicht ausgewogene Umweltschutzmaßnahmen. Damit werden sogar die geringsten Versuche verhindert, um ökologische Erwägungen in Entwicklungsplanungen einzubringen.
- Umweltschutz steht in Zeiten wirtschaftlicher Belastung immer auf dem letzten Platz. Als die wirtschaftlichen Bedingungen in Entwicklungsländern sich verschlechterten und die Schuldenbelastungen stiegen, haben die Planer Umweltplanung und -erhaltung sowohl in den Industrieländern als auch in ländlichen Entwicklungsprojekten vernachlässigt.

Die kritische Situation in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara und in den vollständig verschuldeten Ländern Lateinamerikas zeigt auf extreme Weise, welchen schädlichen Einfluss unverbesserte internationale Wirtschaftsvereinbarungen sowohl für die Entwicklung als auch für die Umwelt haben.

Afrika ist insgesamt in einer Folge von Abwärtsspiralen gefangen:

- Armut und Hunger führten zur Umweltzerstörung, zur Verschlechterung der Landwirtschaft und dadurch zu mehr Armut und Hunger;
- fallende Sparquoten und eine Vernachlässigung neuer Investitionen infolge zunehmender Armut;
- hohe Kindersterblichkeit, Armut und Mangel an Erziehung;
- hohe Bevölkerungswachstumsraten; und
- eine Flucht vor dem Hunger vom Land in die Städte, was zu explosionsartigem städtischen Wachstum und Elend führte; und dies verstärkte wiederum die Probleme unzureichender Nahrung.

Die Situation ist nicht überall so trostlos. Einige Länder sind gut damit fertig geworden, und einige weitreichende mutige politische Reformen, die in den letzten Jahren in Angriff genommen wurden, beginnen Frucht zu tragen. Ermutigend ist auch das Beispiel Südasiens; dort hat eine vergleichbare Krise vor 20 Jahren zu einer Aufwärtsspirale von steigender Lebensmittelproduktion, sinkender (aber noch immer beträchtlicher) Armut, vermindertem Bevölkerungswachstum, steigenden Sparquoten und Investitionen und zu größerer Aufmerksamkeit für langfristige Fragen von Umweltmanagement und entsprechenden Technologien geführt.

Unter den vielen Ursachen für die afrikanische Krise ist besonders die Arbeitsweise der Weltwirtschaft zu nennen. Das wirtschaftliche Wohlergehen der afrikanischen Länder südlich der Sahara hängt mehr als in den Niedrigeinkommens-Ländern Asiens von Entwicklungen in der Weltwirtschaft ab. Im Verlauf der letzten zehn Jahre sind viele Länder südlich der Sahara von ungünstigen Trends der Terms of Trade getroffen worden und von Erschütterungen aus dem Ausland wie höheren Ölpreisen, schwankenden Wechselkursen und höheren Zinsen. Während der letzten zehn Jahre sind die Preise für wichtige Güter wie Kupfer, Eisenerz, Zucker, Erdnüsse, Gummi, Holz und Baumwolle deutlich gefallen. 1985 waren die Terms of Trade der Länder südlich der Sahara (ausgenommen die ölexportierenden Länder) 10% unter dem Betrag von 1970. In Ländern, denen Gelder der Internationalen Entwicklungsorganisation zustehen, war das Absinken über 20 Prozent, in einigen sogar erheblich mehr, einschließlich Äthiopien, Liberia, Sierra Leone, Zaire und Sambia.

Das Problem hat sich verschärft durch wachsende Schwierigkeiten, Entwicklungskapital aus der industriellen ~ anzuziehen. Zugleich sind die Schuldrückzahlungen und Zinslasten angestiegen. Der Schuldendienst in Afrika südlich der Sahara stieg insgesamt von 15 Prozent der Exportgewinne 1980 auf 31 Prozent 1986. Dieses Zusammentreffen von Ereignissen hat zu einer Situation geführt, wo der Netto-Ressourcenumschlag in dem Gebiet von geschätzten zehn Milliarden Dollar pro Jahr auf eine Milliarde Dollar 1985 fiel. Daher konnten die Staaten erheblich weniger importieren. In Ländern, die Darlehen der Internationalen Entwicklungsorganisation bekommen, betrug das Importvolumen 1984 pro Person nur 62 Prozent des Volumens von 1970. Alle Importe für die Landschaft - Maschinen, Düngemittel und Pestizide - und von überlebenswichtigen Gütern sind gekürzt worden. Die Verbindung von ungünstigen internationalen und internen Faktoren haben Pro-Kopf-Einkommen in Afrika südlich der Sahara zwischen 1980 und 1985 um 16 Prozent vermindert.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Länder südlich der Sahara hatten verheerende soziale Folgen. Die sinkende Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion hat zu weiterer Unterernährung beigetragen. Die jüngste Dürre 1984/85 hat etwa 35 Millionen Menschenleben gefährdet, und als die Dürre abebbte, litten weiterhin Millionen Menschen unter Hunger.

Unterernährung und Hunger haben einen Großteil der Bevölkerung geschwächt, dadurch ihre Produktivität gemindert und noch mehr von ihnen (besonders Kinder und Alte) anfälliger für entkräftende Krankheiten und frühen Tod gemacht. Die Krise hat den Fortschritt in der Bereitstellung von gesundem Trinkwasser und Hygiene umgekehrt.

Heute ist allgemein bekannt, dass man mit den langfristigen Ursachen und nicht mit den Symptomen umgehen muss. Das große Elend, das durch die Dürre über Afrika hereingebrochen ist, wird allgemein anerkannt, und die Weltgemeinschaft hat mit einem umfangreichen Hilfsprogramm darauf reagiert. Nahrungssoforthilfe ist nur eine kurzfristige Lösung und bestenfalls eine Teilantwort. Die Wurzeln des Problems liegen in einer nationalen und internationalen Politik, die bisher die afrikanischen Wirtschaften daran gehindert hat, ihr ganzes Potential an wirtschaftlicher Entwicklung zu nutzen und dadurch die Armut und die Umweltbelastungen, die diese schafft, zu mildern.

Die Lösung liegt zum großen Teil bei den Afrikanern, die Entscheidungen fällen; aber die internationale Gemeinschaft ist auch stark verantwortlich dafür, Afrikas Anpassungsbemühungen zu unterstützen mit angemessener Hilfe und Handelsvereinbarungen und dafür Sorge zu tragen, dass mehr Kapital in die ärmeren Länder fließt als aus diesen heraus.

Die zwei sich ergänzenden Aspekte der Problemlösung sind von den afrikanischen Ländern selbst voll erkannt worden und allgemein auch von der internationalen Gemeinschaft. Die Weltbank schätzt, dass, auch wenn in den nächsten fünf Jahren die Außenwirtschaftsbedingungen günstig sind und auch wenn die afrikanischen Regierungen entscheidende Reformen durchsetzen, eine beträchtliche Lücke bleibt: Es ist dies die Lücke zwischen der Finanz- oder Schuldenerleichterung durch derzeitige Geberländer einerseits und den Beträgen, die eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards im Niedrigeinkommen Afrikas verhindern könnten, andererseits. Und in dieser düsteren Gleichung bleibt kein Geld, die schon zerstörte Umwelt zu sanieren.

Die internationale Gemeinschaft muss erkennen, dass Afrika sich nicht selbst aus der ernsthaftesten wirtschaftlichen und ökologischen Krise ohne erheblich mehr Langzeithilfe als derzeit geplant befreien kann. Außerdem muss es entschieden mehr von außen kommende Finanzhilfen für Entwicklung geben und zugleich politische Veränderungen, die dem Rechnung tragen, dass die Umwelt nicht zerstört werden darf.

Für viele Länder Afrikas sind Schulden ein akutes Problem. Aber wegen der Höhe der Schulden ist der Einfluss am deutlichsten gewesen in den Ländern mittlerer Einkommen - insbesondere in Lateinamerika. Die Schuldenkreise bleibt für die internationale Finanzstabilität eine Bedrohung, aber den größten Einfluss hat sie bisher auf den Entwicklungsprozess genommen sowohl in wirtschaftlicher wie in ökologischer Hinsicht. 1985 schuldeten vier Länder 30 Prozent der Weltgesamtschuld von etwa 950 Milliarden Dollar: Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela. Ihre Schulden machen etwa zwei Drittel der ausstehenden Bankendarlehen an Entwicklungsländer aus.

Lateinamerikas Wirtschaftswachstum wurde in den 70er Jahren durch Auslandsanleihen erleichtert. Wirtschaftsbanken liehen gerne an wachsende, rohstoffreiche Länder. Dann wurden durch einschneidende Änderungen in den internationalen Bedingungen die Schulden untragbar. Eine weltweite Rezession beschränkte die Exportmärkte, und eine enge Geldpolitik trieb die Zinsen weltweit so hoch, dass es jede bisher dagewesene Situation übertraf. Die Bankmanager waren von der verfallenden Kreditwürdigkeit erschreckt und gaben keine Darlehen mehr.

Eine Flucht von einheimischem Kapital aus den Entwicklungsländern verstärkte das Problem.

Die folgende Krise zwang die Regierungen zu einer Sparpolitik, um Importe einzuschränken. Die lateinamerikanischen Importe fielen daraufhin über drei Jahre um 40 Prozent in absoluten Zahlen. Der nachfolgende wirtschaftliche Engpass verminderte das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den acht wichtigsten lateinamerikanischen Ländern um durchschnittlich 8 Prozent. Da die Reallöhne fielen und die Arbeitslosigkeit stieg, hatten die Armen die Hauptlast zu tragen. Deutlich sichtbar ist in den wichtigsten lateinamerikanischen Ländern, dass die Armut wächst und die Umweltbedingungen sich verschlechtern.

Weiterhin zwangen der Mangel an neuen Krediten und die fortdauernde Last der Schuldendienste diese Länder, Handelsüberschüsse in die Schuldendienste zu stecken. 1984 stieg der Nettotransfer der sieben wichtigen lateinamerikanischen Länder an Gläubiger auf fast 39 Milliarden Dollar, und in diesem Jahr wurden 35 Prozent der Exportgewinne zur Bezahlung von Zinsen und Schulden in die Industrieländer aufgewendet. Dieser massive Verlust stellt 5 bis 6 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts dar, etwa ein Drittel der Sparquote und fast 40 Prozent der Exportgewinne. All dies ist durch eine Anpassungspolitik entstanden, die schwerwiegende ruckläufige Kürzungen für Löhne, Sozialdienste, Investitionen, Konsum und Beschäftigung beschloss, sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich; dadurch wurden soziale Ungleichheit und weitverbreitete Armut verstärkt.

Der Druck auf die Umwelt und auf die Ressourcen nahm stark zu durch die Suche nach neuen und ausgedehnten Exporten und durch den Ersatz für Importe; dazu trugen auch die Zerstörung und übermäßige Ausnutzung der Umwelt bei, die von der wachsenden Anzahl der städtischen und ländlichen Armen in ihrem verzweifelten Kampf ums Überleben verursacht wurden. Einen beträchtlichen Teil von Lateinamerikas schnell zunehmenden Exporten machen Rohstoffe, Nahrungsmittel und aus Rohstoffen hergestellte Güter aus.

Daher werden in Lateinamerika Rohstoffe nicht für die Entwicklung genutzt, sondern um den finanziellen Forderungen von Gläubigern der Industrieländer nachzukommen. Dieser Umgang mit dem Schuldenproblem wirft Fragen auf für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft, Politik und Umwelt. Denn relativ arme Länder sollen zugleich ihren Lebensstandard in Schranken halten, wachsende Armut hinnehmen und zunehmende Mengen knapper Rohstoffe exportieren, um Kreditwürdigkeit gegenüber dem Ausland zu erhalten; dies zeigt Prioritäten, die wohl kaum eine demokratisch gewählte Regierung über längere Zeit hinnehmen kann. Die gegenwärtige Situation stimmt mit dauerhafter Entwicklung nicht überein.

Dieser Konflikt wird verschärft durch die Wirtschaftspolitik einiger größerer Industrieländer, die international zu Depression und Destabilisierung beigetragen haben. Für eine dauerhafte Entwicklung von Gesellschaft und Umwelt ist es unter anderem unabdingbar, dass die Industrieländer wieder international eine Expansionspolitik von Wachstum, Handel und Investitionen betreiben. Die Kommission hat festgestellt, dass sich einige Schuldnerländer unter diesen Umständen gezwungen fühlten, ihre Zahlungen einzustellen oder zu begrenzen.

Diese Bedürfnisse zu befriedigen erfordert, dass die Hauptgeber und Kreditinstitutionen ihre Richtlinien überprüfen. Staatliche, Entwicklungshilfe hat in absoluten Zahlen stagniert, und die meisten Entwicklungsländer richten sich nicht nach den international vereinbarten Zielen. Kreditgewährung durch Geschäftsbanken und Exportkreditfinanzierung sind stark zurückgegangen. Als Teil einer gemeinsamen Bemühung, diese Trends umzukehren, ist es lebenswichtig für die Entwicklung, dass der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsorganisation erheblich mehr Gelder zur Verfügung stehen. Für die Hauptschuldner ist auch ein Anwachsen der Kreditgewährung durch Geschäftsbanken notwendig.

Kredite für nachhaltige Entwicklung:

In der Vergangenheit hat Entwicklungshilfe nicht immer zu nachhaltiger Entwicklung beigetragen und manchmal davon abgelenkt. Kredite für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Energie sind gewöhnlich auf grund enger wirtschaftlicher Kriterien vergeben worden, die Umweltfolgen wenig in Betracht zogen. Entwicklungsagenturen haben beispielsweise manchmal chemieabhängige Landwirtschaft vorangetrieben, statt dauerhafte, sich selbst erneuernde Landwirtschaft. Daher ist es wichtig, dass qualitative ebenso wie quantitative Verbesserungen herbeigeführt werden. Ein größerer Teil der Entwicklungshilfe sollte in Investitionen gehen, die zur Verbesserung der Umwelt und der Produktivität von Ressourcen eingesetzt werden. Solche Bemühungen schließen Aufforstung und Brennholzentwicklung ein, Schutz von Flussgebieten, Bodenerhaltung, Forstwirtschaft, Erneuerung von Bewässerungsprojekten, landwirtschaftliche Kleinbetriebe, billige Hygienemaßnahmen und Umwandlung von Ernteerträgen in Brennstoff. Die Erfahrung zeigt, dass kleine Projekte mit maximaler Bürgerbeteiligung am wirkungsvollsten bei Bemühungen dieser Art sind. Die Programme, die am unmittelbarsten mit dem Ziel dauerhafter Entwicklung verbunden sind, bringen daher zumeist höhere lokale Kosten, mehr wiederkehrend als Kapitalkosten und eine größere Nutzung der lokalen Technologie und Erfahrung.

Würde man mehr Projekte dieser Art fördern, müssten die Geber ihre Hilfsprogramme neu überprüfen, insbesondere hinsichtlich der Güterhilfe, die manchmal eher die Möglichkeiten dauerhafter Entwicklung vermindert als verbessert.

Die erste Priorität für Nachhaltigkeit ist die Verständigung mit internationalen Finanzinstitutionen. Die Rolle der Weltbank und des IWF (Internationaler Währungsfonds) sind besonders entscheidend, weil ihre Kreditbedingungen als Richtlinien für ähnliche Kredite anderer Institutionen gelten - für Geschäftsbanken und Agenturen für Exportkredite. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Bank Überlegungen zur Nachhaltigkeit in die Beurteilung von Krediten für strukturelle Anpassungen und andere politisch motivierte Hilfen einbezieht, die für auf Ressourcen beruhende Bereiche - Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und Energie insbesondere - und andere besondere Projekte gegeben werden. Eine ähnliche Akzentverlagerung ist bei den Anpassungsprogrammen der Entwicklungsländer erforderlich. Bisher hat „Anpassung“ - insbesondere unter der Schirmherrschaft des IWF - meistens zur Verminderung des Lebensstandards zugunsten von finanzieller Stabilisierung geführt. In vielen Plänen, die die Schuldenkrise angehen, wird berücksichtigt, dass zukünftige Anpassung wachstumsorientiert sein soll. Sie muss jedoch auch die Umwelt beachten.

Eine zunehmende Zahl von Kreditbanken und offiziellen Stellen merken, dass viele Schuldner einfach ihre Schuldendienste nicht zahlen können, wenn die Last nicht erleichtert wird. Zu den diskutierten Maßnahmen gehören neue Kredite, teilweiser Schuldenerlass, längerfristige Neuplanung und leichtere Bedingungen der Darlehensgewährung. Aber was fehlt, ist die Einsicht, wie dringend das Problem ist. Jede dieser Maßnahmen muss die berechtigten Interessen von Gläubigern und Schuldnern einbeziehen und muss die Last, die Schuldenkrise zu lösen, gerechter teilen.

III.

Die Entwicklungsländer haben über viele Jahre grundsätzlich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verändern versucht, um sie gerechter zu machen, insbesondere in Hinsicht auf den Finanzfluss, den Handel, zwischenstaatliche Investitionen und den Technologietransfer. Ihre Argumente müssen neu überdacht werden, um den ökologischen Dimensionen Rechnung zu tragen, die bisher häufig übersehen wurden.

Kurzfristig hängt für die meisten Entwicklungsländer, außer den größten, eine neue Ara wirtschaftlichen Wachstums ab von einem wirkungsvollen und koordinierten Wirtschaftsmanagement unter den größten Industrieländern - ein Management, das Expansion erleichtern, Realzinssätze herabsetzen und die Tendenz zum Protektionismus aufhalten könnte. Langfristig sind auch größere Veränderungen nötig, damit Verbrauch und Produktionsmuster im Rahmen eines verstärkten globalen Wachstums dauerhaft werden.

Die internationale Zusammenarbeit steckt, was das erstere Ziel betrifft, noch in den Anfängen; was das letztere Ziel betrifft, ist sie kaum erwähnenswert. Da es kein globales Management von Wirtschaft oder Umwelt gibt, muss die Aufmerksamkeit aus praktischen Gründen auf die Verbesserung von Regelungen in Bereichen gerichtet werden, wo das Ausmaß an Zusammenarbeit bereits umrissen ist: Entwicklungshilfe, Handel, zwischenstaatliche Gesellschaften und Technologietransfer.

Zwei miteinander verflochtene Probleme liegen unseren Empfehlungen der Zuwendung finanzieller Mittel zugrunde: Das eine betrifft die Quantität, das andere die "Qualität" des Ressourcenflusses in die Entwicklungsländer. Der Bedarf an mehr Rohstoffen lässt sich nicht leugnen. Der Gedanke, dass Entwicklungsländer mit ihren begrenzten Mitteln leben sollten, ist eine grausame Vorstellung. Weltweite Armut kann nicht von den Regierungen armer Länder im Alleingang vermindert werden. Mehr Entwicklungshilfe und andere Finanzierungsformen sind zwar notwendig, aber nicht ausreichend. Neue Programme müssen für eine dauerhafte Entwicklung entworfen werden.

Verstärkung des Finanzflusses:

Was die Quantität von Ressourcen betrifft, so haben die Sparmaßnahmen bei Auslandsfinanzierungen in den Entwicklungsländern bereits zu einer unannehmbaren Verschlechterung des Lebensstandards beigetragen. Die Bedürfnisse der schwer verschuldeten Länder, die hauptsächlich auf kommerzielle Finanzierung angewiesen sind, ist bereits beschrieben worden zusammen mit denen

der Niedrigeinkommensländer, die abhängig sind von Entwicklungshilfe. Aber andere arme Länder haben in den letzten Jahren eindrucksvolle Fortschritte gemacht, stehen jedoch immer noch vor sehr großen Problemen, nicht zuletzt in der Konfrontation mit der Umweltzerstörung. Die Niedrigeinkommensländer in Asien brauchen nach wie vor dringend Entwicklungshilfe: im allgemeinen wird berichtet, dass die Hauptempfänger in dieser Gegend die Entwicklungshilfegelder gut verwalten. Ohne diese Entwicklungshilfe wäre es noch viel schwieriger, das Wachstum aufrechtzuerhalten, das, zusammen mit Programmen speziell gegen Armut, das Schicksal von Hunderten von Millionen „absolut Armer“ verbessern könnte.

Der IWF hat auch eine Anordnung über die Kreditvergabe zur strukturellen Anpassung, nämlich in seiner neuen "Structural Adjustment Facility". Von Darlehensnehmern in den Entwicklungsländern wurde mit Entschiedenheit gefordert, dass der Fonds weitreichendere und längerfristige Entwicklungsziele als nur die finanzielle Stabilisierung in Betracht zieht: Wachstum, soziale Ziele und Umwelteinflüsse.

Entwicklungsagenturen, die Weltbank insbesondere, sollten leicht anwendbare Methoden entwickeln, die ihre eigene Beurteilungstechnik verstärken und den Entwicklungsländern helfen, ihre Fähigkeiten zur Beurteilung von Umweltfragen zu verbessern.

Die Bedeutung des Außenhandels für die Entwicklung der einzelnen Länder hat in der Nachkriegszeit sehr zugenommen. Dies ist ein Maß dafür, wie der Handel die Länder in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht abhängiger voneinander gemacht hat. Die Muster des Welthandels haben sich auch merklich verändert. Erstens ist der Handelswert von Fabrikationsgütern schneller gestiegen als der von Rohstoffen, abgesehen von Brennstoffen, und immer mehr Entwicklungsländer sind dadurch zu Hauptexporteuren solcher Güter geworden. In den Entwicklungsländern machen Fabrikationsgüter heute den zweifachen Exportwert von Nicht-Öl-Export aus. Zweitens sind die industrialisierten Marktwirtschaften abhängig geworden von Brennstoffimporten aus Entwicklungsländern, die 1980 bis 1981 43 Prozent des Verbrauchs ausmachten verglichen mit nur 16 Prozent 1959 bis 1980 und noch weniger in den Vorkriegsjahren.

Die Marktwirtschaften der Industrieländer sind abhängiger geworden von Mineralimporten aus den Entwicklungsländern, und der Anteil dieser Importe am Verbrauch ist von 19 Prozent 1950 bis 1960 auf 30 Prozent 1980 bis 1981 gestiegen. Nichterneuerbare Ressourcen wie Brennstoffe und Mineralien sind heute wie Fertigwaren weit wichtiger als tropische Produkte und andere landwirtschaftliche Güter, wenn man den Fluss von Primärprodukten von den Entwicklungsländern in die Industrieländer betrachtet. Tatsächlich geht der Fluss von Nahrungsmittelgetreide in umgekehrter Richtung.

Handel und dauerhafte Entwicklung sind dadurch aneinander gebunden, dass nichterneuerbare Rohstoffe gebraucht werden, um Devisen zu gewinnen. Die Entwicklungsländer stehen bei dem Gebrauch von Gütern für den Export vor einem Dilemma: Auf der einen Seite gehen sie damit gegen die Devisenknappheit vor, und dies vorteilhaft für das Wachstum; andererseits müssen sie den Schaden für die

Umweltressourcen minimieren, die dieses Wachstum ermöglichen. Es bestehen weitere Verbindungen zwischen Handel und dauerhafter Entwicklung; wenn Protektionismus beispielsweise die Fertigwarenausfuhr behindert, wird es schwieriger für die Entwicklungsländer, von traditionellen Gütern abzukommen. Und dauerhafte Entwicklung kann nicht nur durch die übermäßige Nutzung gewisser Güter gefährdet werden, sondern auch durch Industriegüter, die möglicherweise die Umwelt verschmutzen.

Internationaler Güterhandel:

Obwohl eine zunehmende Anzahl von Entwicklungsländern nun auch Fabrikationsgüter exportiert, stammt mehr als ein Drittel der Exportgewinne von Primärgütern, abgesehen von Erdöl. Lateinamerika (52 Prozent) und Afrika (62 Prozent) sind besonders abhängig von diesen Exporten.

In den Ländern, die im Rahmen der UN-Spezialprogramme als "unterentwickelt" bezeichnet werden, bringen Primärgüter 73 Prozent der Exportgewinne.

Während der frühen 80er Jahre war der Preisverfall für Nicht-Öl-Güter zudem nicht nur real, sondern auch nominal.

Der Güterpreis-Index der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD) war bis Anfang 1965 30 Prozent unter dem Durchschnitt von 1980. Diese jüngste Schwäche der Güterpreise könnte ein nicht bloß vorübergehendes Phänomen sein. Die Güterpreise haben sich noch nicht von der Weltrezession erholt trotz des vermehrten wirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern. Die Gründe mögen teilweise technologisch sein (eine beschleunigte Herstellung von Ersatzstoffen für Rohstoffe), teilweise monetär, verursacht durch die hohen Lagerhaltungskosten, teilweise durch das Anwachsen der Vorräte in Ländern, die verzweifelt Devisen brauchen.

Diese Länder wenden die Terms of Trade gegen sich selbst, indem sie weniger verdienen, während sie mehr exportieren. Dieses verstärkte Anwachsen des Güterexports hat in manchen Fällen dazu geführt, dass die natürliche Rohstoffbasis in unerträglicher Weise belastet wurde. Wenngleich diese allgemeine Feststellung nicht für alle Einzelfälle zutreffen mag, so hat man dergleichen festgestellt bei Rinderzucht, Fischfang in Küsten- und Tiefseegewässern, Forstwirtschaft und beim Anbau von hohen Gewinn bringenden Fruchtsorten. Außerdem entsprechen die Preise der Güterexporte nicht voll den die Umwelt betreffenden Kosten der Rohstoffbasis. In gewissem Sinne müssen also die armen Entwicklungsländer die reicheren Importeure ihrer Produkte subventionieren.

Die Erfahrung mit Erdöl war allerdings anders als die mit den meisten anderen Gütern. Hier schränken beispielsweise die Produzenten die Förderung ein und heben die Preise derart an, dass die Exportgewinne stark zunehmen, dadurch werden zugleich die Ressourcenbasis erhalten und Energiesparmaßnahmen und alternative Energieformen im großen Rahmen gefördert. Diese jüngsten Ereignisse zeigen, dass es langfristig sehr schwierig ist, wenn der Markt von Produzenten geregelt wird, unabhängig davon, ob dies in einem globalen Interesse wünschenswert ist oder nicht. Jedenfalls haben andere Güterexporteure bisher nicht in ähnlicher Weise gehandelt. Für jegliche Maßnahmen, die Exportgewinne der Produzenten verbessern und die Ressourcenbasis sichern sollen, ist die Unterstützung der Verbraucher ebenso wie die der Produzenten unabdingbar.

In den letzten Jahren haben Güterexporteure in der Dritten Welt versucht, mehr zu verdienen, indem sie die erste Phase der Verarbeitung von Rohstoffen selbst übernahmen. Diese erste Phase bringt oft subventionierte Energie, andere Zugeständnisse und beträchtliche Verschmutzungskosten mit sich. Aber diese Länder stellen dann oft fest, dass die Gewinne aus dieser kapital- und energieintensiven Verarbeitung nicht ausreichen, da die Preisspanne sich zugunsten der Produkte der weiteren Verarbeitungsstufen verlagert, die meist weiter in den Industrieländern hergestellt werden. Die Lohnerhöhungen in den Industrieländern verstärken diese Entwicklung noch.

Die Entwicklung von internationalen Handelsverträgen, die die Gewinne der Entwicklungsländer aus diesen Exporten stabilisieren und steigern sollen, war eine wichtige Reaktion auf diese Problematik, aber der eigentliche Fortschritt ist sehr begrenzt gewesen, ja es hat sogar Rückschläge gegeben. Zudem haben bei diesen Handelsverträgen Umweltüberlegungen überhaupt keine Rolle gespielt mit der bemerkenswerten Ausnahme des Internationalen Tropenholz-Übereinkommens.

Handelsverträge sind seit jeher nicht leicht zu vereinbaren, und die Regelung des Warenhandels ist bekanntermaßen widersprüchlich und schwierig. Derzeitige Vereinbarungen könnten in zweifacher Hinsicht verbessert werden:

- mehr Ausgleichsfinanzierungen, um wirtschaftliche Erschütterungen aufzufangen - wie unter der IWF-Compensatory Financing Facility; dies würde die Produzenten ermutigen, längerfristig zu denken und nicht Güter überzuproduzieren, wenn die Produktion bei einem Überangebot bereits an die Grenzen der Umweltbelastbarkeit gerät.
- Wo die Produzenten von der traditionellen Monokultur abkommen müssen, sollte mehr Hilfe für Diversifikationsprogramme gegeben werden. Das zweite Paket des Common Fund könnte dafür genutzt werden, Ressourcenerneuerung und -erhaltung zu fördern.

Die Regierungen einzelner Länder können erneuerbare Ressourcen wie Wälder und Fischgewässer besser nutzen, so dass man innerhalb der Grenzen dauerhafter Erträge bleibt, und so dass die Gelder vorhanden sind, die Ressourcen zu erneuern mit allen damit verbundenen Umweltfolgen. Was die nicht erneuerbaren Ressourcen wie Mineralien betrifft, sollten die Regierungen sicherstellen, dass

- der Nutzer erforscht, wie den Ressourcen wenigstens die Menge, die gewonnen worden ist, zurückgegeben werden kann;
- das Verhältnis von Produktion zu nachgewiesener Reserve unter einer vorausbestimmten Grenze bleibt;
- die Gelder aus den Förderabgaben derart genutzt werden, dass sie das abnehmende Einkommen ausgleichen, wenn das Rohstoffvorkommen erschöpft ist; und
- der Pächter verantwortlich ist für die Wiederherstellung des Landes und für andere Umweltmaßnahmen in dem Gebiet, das vom Abbau betroffen ist.

Die entsprechenden internationalen Organisationen wie verschiedene UNO-Unterorganisationen, die Weltbank und regionale Akteure können weiter an Modellverträgen und Richtlinien arbeiten, die diese Prinzipien einbeziehen.

Protektionismus und internationaler Handel:

Der wachsende Protektionismus in den Industrieländern beeinträchtigt das Exportwachstum und schränkt die Diversifikation von herkömmlichen Exporten ein. Der Erfolg einiger Entwicklungsländer im Fernen Osten, arbeitsintensive Industriegüter mehr zu exportieren, zeigt das Entwicklungspotential dieser Art von Handel. Allerdings haben andere Länder - insbesondere Länder mit niedrigem Einkommen in Asien und Lateinamerika - versucht, denselben Weg zu gehen, und sahen sich vor wachsenden Handelsbarrieren, insbesondere bei Textilien und Bekleidung. Wenn die Entwicklungsländer den Bedarf an schnellem Exportwachstum mit dem Bedarf der Erhaltung von Ressourcen vereinbaren wollen, müssen sie Zugang zu den Märkten der Industrieländer für nicht-traditionelle Exporte haben, wo sie vergleichsweise im Vorteil sind. In vielen Fällen gibt es Probleme des Protektionismus bei Industriegütern; in anderen Fällen aber - Zucker ist ein gutes Beispiel - führen die Industrieländer landwirtschaftliche Handelsbeschränkungen ein, die ökologisch und wirtschaftlich schädigend sind.

"Verschmutzungsintensive" Güter:

Verarbeitung gewisser Rohstoffe - Papier, Öl und Aluminium beispielsweise - kann beträchtliche Nebeneffekte für die Umwelt haben. Die Industrieländer haben in der Regel besser Sorge dafür getragen als die Entwicklungsländer, dass die Exportpreise den Kosten für Umweltschäden und für die Kontrolle solcher Schäden entsprechen. Daher werden im Falle von Exporten aus den Industrieländern diese Kosten von den Verbrauchern in den importierenden Ländern getragen, einschließlich denen in der Dritten Welt. Aber im Falle von Exporten aus den Entwicklungsländern werden diese Kosten weiterhin vom Inland getragen, zumeist in Form von Umweltschäden für die menschliche Gesundheit, Eigentum und Ökosysteme. Einer Studie dieser Kommission zufolge hätten 1980 die Industrien der Entwicklungsländer, die in Länder, die Mitglied der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) sind, exportieren 5,5 Milliarden Dollar direkte Umweltschutzkosten ausgegeben, wenn sie den damals in den USA geltenden Umweltstandards entsprochen hätten. Hätte man die Umweltschutzabgabe auch bezogen auf die Materialien, die Endprodukt mitverarbeitet waren, hätten die Kosten sich auf 14,2 Milliarden Dollar belaufen. Offensichtlich sind OECD-Importe aus Entwicklungsländer, meist Produkte, die höhere durchschnittliche Umwelt- und Umweltschadenskosten mit sich bringen als die Gesamtimporte der OECD-Länder. Diese hypothetischen Umweltschutzkosten liegen wahrscheinlich unter den realen Kosten für Umwelt- und Ressourcenschäden in exportierenden Ländern. Außerdem beziehen sich diese Kosten nur auf Umweltverschmutzung und nicht auf die wirtschaftlichen Schadenskosten, die durch die Ressourcenerschöpfung entstehen.

Dadurch, dass diese Kosten verborgen bleiben, können die Entwicklungsländer mehr Investitionen tätigen, um Industriegüter zu exportieren, als dies bei einem strengeren System globaler Umweltkontrolle der Fall wäre. Viele Dritte-Welt-Politiker halten dies für günstig, indem es den Entwicklungsländern einen vergleichweisen Vorteil bei "verschmutzungsintensiven" Gütern gibt, der ausgenutzt werden sollte. Ihnen ist auch klar, dass, wenn sie die Realkosten weitergeben würden, dies die

Wettbewerbsposition ihrer Länder auf einigen Märkten gefährden würden, und sie sehen deshalb jeden Druck in dieser Richtung als eine Form von verstecktem Protektionismus der etablierten Hersteller. Und dennoch ist es im eigenen langfristigen Interesse der Entwicklungsländer, dass sich die Umwelt- und Ressourcenkosten, die mit Produktion verbunden sind, in den Preisen niederschlagen. Die Entwicklungsländer müssten selbst dafür sorgen.

Die Mandate der multilateralen Handelsorganisationen:

Obwohl eine Anzahl von UNCTAD-Forschungsprojekten die Verbindung zwischen Handel und Umwelt untersucht hat, sind diese Probleme nicht systematisch von den zwischenstaatlichen Organisationen aufgegriffen worden. Dauerhafte Entwicklung sollte in die Mandate dieser Organisationen einbezogen sein - vor allem in die General Agreement on Trade and Tariffs (GATT) und UNCTAD. Ihre Aktivitäten sollten bestimmt sein von der Sorge um die Einflüsse von Handelsstrukturen auf die Umwelt und den Bedarf an wirkungsvolleren Maßnahmen, Umwelt und Entwicklung in internationale Handelsvereinbarungen einzubeziehen.

Für die internationalen Organisationen, die mit Handel umgehen, wäre es leichter, ihre Aktivitäten neu auszurichten, wenn jede Nation in einem Richtlinienpaket deutlich machen würde, wie wichtig der internationale Handel für die Erhaltung der Umwelt- und Ressourcenbasis für das wirtschaftliche Wachstum ist. Dieses Richtlinienpapier könnte UNCTAD, GATT, OECD, das Council for Mutual Economic Assistance und andere entsprechende Organisationen auf die Nachhaltigkeitsprobleme aufmerksam machen.

Während der letzten 40 Jahre sind die Obersee-Investitionen von Unternehmen in westlichen Industrieländern entschieden angewachsen. Nach Daten des UN Centre for Transnational Corporations machen für 380 der größten Industrieunternehmen in den westlichen Industrieländern ausländische Tochtergesellschaften heute 40 Prozent der Gewinne aus, 33 Prozent des Nettovermögens in westlichen Industrieländern entschieden angewachsen. Nach Daten des UN Centre for Transnational Corporations machen für 380 der größten Industrieunternehmen in den westlichen Industrieländern ausländische Tochtergesellschaften heute 40 Prozent der Gewinne aus, 33 Prozent des Nettovermögens und 56 Prozent der Nettoverdienste. Ein hoher Prozentsatz der zwischenstaatlichen Investitionen spielt sich zwischen den Industrieländern ab, ein weiterer Aspekt der zunehmenden Zusammenarbeit zwischen diesen Wirtschaften.

Die multinationalen Konzerne (MNK) spielen in den Entwicklungsländern eine wichtige Rolle als Besitzer, als Partner in gemeinsamen Unternehmen und bei der Bereitstellung von Technologie im Bergbau und in industriellen Sektoren, insbesondere bei derart umweltempfindlichen Gütern wie Erdöl, Chemikalien, Metallen, Papier und Automobilen. Sie beherrschen auch den Welthandel bei vielen Primärgütern.

In den vergangenen Jahren haben viele Entwicklungsländer begonnen, die Rolle der MNK-Investitionen in ihrem Entwicklungsprozess positiver einzuschätzen. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass diese Länder Devisen brauchen und dass sie sich bewusst wurden über die Rolle, die Auslandsinvestitionen dabei spielen können. Wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den MNK ist möglich, wenn gerechte Bedingungen für alle Beteiligten geschaffen werden. Wenn das Prinzip der

Souveränität des Gastlandes streng beachtet wird, kann dies gelingen. Viele Unternehmen haben ihrerseits erkannt, dass sie ihre Managementfähigkeiten und ihr technologisches Know-how mit den Bewohnern des Gastlandes teilen müssen und dass sie profitorientierte Ziele innerhalb eines Rahmens langfristiger dauerhafter Entwicklung verfolgen müssen.

Aber es besteht nach wie vor gegenseitiges Misstrauen, zumeist weil die Kräfteverhältnisse bei Verhandlungen zwischen großen Konzernen und kleinen, armen Entwicklungsländern unausgewogen sind. Verhandlungen sind oft interessengeleitet, da es dem Entwicklungsland an Information mangelt, man technisch unvorbereitet ist und politisch und institutionell schwach. Misstrauen und Uneinigkeit bleiben, insbesondere was die Einführung neuer Technologien, die Entwicklung natürlicher Ressourcen und die Nutzung der Umwelt betrifft. Wenn multinationale Konzerne eine größere Rolle in der Entwicklung spielen sollen, müssen solche Meinungsverschiedenheiten abnehmen.

Daher ist es entscheidend wichtig, dass die Verhandlungsposition und Verantwortung der Entwicklungsländer gegenüber den multinationalen Konzernen gestärkt wird. Wenn die Länder nicht selber mit den großen MNK verhandeln können, müssen regionale und andere internationale Institutionen beispringen. Wie zuvor gesagt, könnte bestehende Hilfe in der Form von Modellvereinbarungen mit den Multinationalen für verschiedene Situationen ausgebaut werden, so wie Pachtverträge zur Nutzung von Minerallagerstätten. Sie könnten auch technische Hilfe und Beratungsteams bereitstellen, wenn ein Land mit einem multinationalen Konzern verhandelt.

Die Multinationalen können einen starken Einfluss auf die Umwelt und Ressourcen anderer Länder und auf die Gebiete unter internationaler Hoheit haben. Die Heimat- und Gastländer der MNK teilen Verantwortlichkeiten und sollten auf diesem Gebiet zusammenarbeiten, um deren Richtlinien zu stärken. Beispielsweise sollte Information über Richtlinien und Standards, die von Unternehmen bei Investitionen in ihrem eigenen Heimatland angewendet und befolgt werden, insbesondere was gefährliche Technologien betrifft, den Gastländern weitergegeben werden. Außerdem sollte in Betracht gezogen werden, Richtlinien einiger Industriestaaten, wonach größere Investitionen einer vorangehenden Prüfung unter Umweltgesichtspunkten unterzogen werden, auf Investitionen in anderen Gebieten anzuwenden und sie um den Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu erweitern. Derartige Informationen und Empfehlungen sollten mit den Gastländern abgestimmt werden, bei denen natürlich die letzte Verantwortlichkeit liegt.

Obgleich internationale Maßnahmen hinsichtlich der Multinationalen so wichtig sind, weisen sie im allgemeinen Mängel auf, und Verhandlungen über sie haben sich als schwierig herausgestellt. Die Verhaltensregeln für die multinationalen Konzerne, die durch die OECD formuliert wurden und bei der UNO diskutiert werden, sollten sich ausdrücklich mit Umweltbelangen und dem Ziel dauerhafter Entwicklung befassen. Für andere Probleme sind detaillierte und spezifischere Maßnahmen nötig. Insbesondere wenn in einem Entwicklungsland eine neue Technologie, ein Werk, ein Produkt oder Prozess eingeführt wird oder wenn ein gemeinsames Unternehmen gegründet wird, sollten die beteiligten Partner gewisse Verantwortlichkeiten erkennen und anerkennen.

Die Verbesserung der Ressourcenproduktivität ist hauptsächlich Aufgabe der inländischen Wirtschaftspolitik. Aber die internationale Wirtschaft wirkt auf verschiedene Weise auf die Möglichkeiten ein, die Produktivität zu verbessern, insbesondere im Technologietransfer von einem Land zum anderen.

Die Verbreitung von umweltgeprüften Technologien: Um der dauerhaften Entwicklung willen müssen neue Technologien entwickelt und verbreitet werden, so z. B. für landwirtschaftliche Produkte, erneuerbare Energiesysteme und für Umweltschutz. Ein Großteil dieser Bemühungen wird vom internationalen Austausch von Technologie abhängen: Durch Handel mit verbesserten Geräten, durch Vereinbarungen über Technologietransfer, Bereitstellung von Experten, Forschungszusammenarbeit usw. Fernerhin müssen die Maßnahmen und Richtlinien, die Einfluss nehmen auf diesen Austausch, zur Innovation anreizen und jederzeit weit, reichenden Zugang zu umweltgeprüften Technologien sichern.

Die eigentliche Herausforderung ist es, dass die neuen Technologien wirklich all die erreichen, die sie brauchen. (...)

1980 zahlten die Entwicklungsländer etwa 2 Milliarden Dollar an Abgaben und Gebühren hauptsächlich an die Industriestaaten. An wissenschaftlichen und technologischen Fähigkeiten mangelt es besonders auffallend in Bereichen, die unmittelbar die Ziele der dauerhaften Entwicklung betreffen, einschließlich Biotechnologie und experimenteller Genetik, neuer Energiequellen, neuer Materialien und Ersatzstoffe und Technologien, die wenig Abfall und keine Verschmutzung erzeugen.

Das wichtigste politische Problem in Hinsicht auf Zahlungen sind Patente und Besitzrechte. 1980 wurden 65 Prozent der gesamten Patente in der Welt in industrialisierten Marktwirtschaften vergeben, und die sozialistischen Länder Osteuropas machten dabei 29 Prozent aus. Die Entwicklungsländer machten dabei nur 6 Prozent aus, und die meisten von ihnen wurden an nicht dort Ansässige vergeben. Besitzrechte sind ein zentrales Element in der kommerziellen Entwicklung von Technologie. Aber ihre Anwendung kann in gewissen Gebieten die Verbreitung von umweltfreundlichen Technologien behindern und Ungerechtigkeiten verstärken. (...)

Aufbau technologischer Fähigkeiten in den Entwicklungsländern. Derzeit kommen weltweit die Forschung und Entwicklungsbemühungen militärischen Zwecken zugute oder kommerziellen Zwecken großer Gesellschaften. Wenig davon ist unmittelbar anwendbar auf die Bedingungen in den Entwicklungsländern. In vielen Bereichen wird der Mangel an technologischen Fähigkeiten geringer, aber diese Bemühungen müssten international mehr unterstützt werden, insbesondere in solch wichtigem Bereich wie der Biotechnologie. Wenn nicht etwas unternommen wird, das biologische Wissen zu verbreitern, werden wertvolle Information ebenso wie lebenswichtige genetische Vielfalt für immer verloren gehen, und die Entwicklungsländer werden auf Dauer im Nachteil sein, wenn sie die neuen Biotechnologien ihren eigenen Bedürfnissen anpassen wollen. Daher müssen die Entwicklungsländer sich bemühen, individuell und gemeinsam ihre technologischen Möglichkeiten auszubauen. (...)

IV.

Wenn weite Teile der Entwicklungsländer wirtschaftliche, gesellschaftliche und Umweltkatastrophen abwenden sollen, muss das weltwirtschaftliche Wachstum neu belebt werden. Praktisch heißt dies schnelleres wirtschaftliches Wachstum sowohl in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern.

Wenn weite Teile der Entwicklungsländer wirtschaftliche, gesellschaftliche und Umweltkatastrophen abwenden sollen, muss das weltwirtschaftliche Wachstum neu belebt werden. Praktisch heißt dies schnelleres wirtschaftliches Wachstum sowohl in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern, einen freieren Zugang zu den Märkten für Produkte der Entwicklungsländer, niedrigere Zinsen, größerer Technologietransfer und bedeutend größere Kapitalflüsse, und zwar sowohl mittels freiwilliger Hilfsleistungen als auch auf geschäftlicher Grundlage.

Aber viele Menschen befürchten, dass eine schneller wachsende Weltwirtschaft Umweltdruck ausüben würde, der ebenso bedrohlich wäre wie der Druck durch wachsende Armut. Die zunehmende Nachfrage nach Energie und anderen nicht erneuerbaren Rohstoffen könnte die Preise dieser Güter im Verhältnis zu anderen Gütern erheblich steigern.

Insgesamt ist die Kommission dafür, dass das Wachstum weltweit mit Rücksicht auf die umweltbedingten Beschränkungen beschleunigt werden muss. Einige günstige Trends ließen sich in den Mustern von Verbrauch und Produktion in den Industrieländern feststellen, die zusammen nach wie vor den Großteil der nicht erneuerbaren Ressourcen der Welt verbrauchen.

Wenn diese Trends andauern, wird es für die Entwicklungsländer leichter, durch Diversifikation ihrer eigenen Wirtschaften zu wachsen. Aber eine allgemeine Beschleunigung des weltweiten Wirtschaftswachstums ist nicht genug, damit sie aus ihrer Abhängigkeit loskommen. Damit würden lediglich bestehende wirtschaftliche Strukturen fortgesetzt, allenfalls auf einem höheren Einkommensniveau. Die Wirtschaften der Entwicklungsländer müssen jedenfalls schnell genug wachsen, um ihren zunehmenden internen Problemen zu entwachsen, und schnell genug, dass sie den ersten Sprung tun, der das Ganze in Bewegung bringt. Wenn das wirtschaftliche Wachstum und die Diversifikation sich fortsetzen, wenn technologische und Management-Fähigkeiten weiter entwickelt werden, werden die Entwicklungsländer die Belastungen für die Umwelt leichter mindern; es wird die Produktivität und Konsumstandards steigern und den Ländern erlauben, sich aus ihrer Abhängigkeit von ein oder zwei Primärprodukten für ihre Exportgewinne zu lösen. (...)

Wir brauchen jetzt Reformen auf einer internationalen Ebene, um gleichzeitig mit wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten derart umzugehen, dass die Weltwirtschaft das Wachstum der Entwicklungsländer anregt, und dass gleichzeitig Umweltproblemen größere Bedeutung beigemessen wird. Solch ein Programm erfordert, dass alle Länder sich zutiefst dem verschreiben,

- dass die multilateralen Institutionen wie z. B. die multilateralen Entwicklungsbanken befriedigend funktionieren;
- dass internationale Regelungen in Handel und Investitionen aufgestellt und beachtet werden; und

- dass ein konstruktiver Dialog über viele Probleme geführt wird, wo nationale Interessen nicht unmittelbar übereinstimmen.

Daher bedauert die Kommission - aber kann dies nicht übersehen -, dass in jüngster Zeit die multilaterale Zusammenarbeit im allgemeinen abgenommen hat und dass sich eine negative Einstellung zum Dialog über Entwicklung insbesondere breitmacht. Auf den ersten Blick, scheint die Einführung einer Umweltdimension die Suche nach einer solchen Kooperation und nach Dialog weiter zu komplizieren. Aber sie bringt auch das jeweilige Selbstinteresse ins Gespräch, denn wenn man die Wechselbeziehung zwischen Ressourcenerschöpfung und steigender Armut nicht sieht, wird sich die weltweite ökologische Zerstörung beschleunigen.